Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1867

6.3.1867 (No. 55)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 6. März.

Nr. 55. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1867.**

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 15. Februar d. J.
gnädigst bewogen gefunden:

den Direktor der Hilfsstrafanstalt Bruchsal, Balthasar Schmidt, unter Verleihung des Charakters als Kanzleirath, zum Registrator bei dem Kreis- und Hofgericht Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. Februar d. J.
gnädigst bewogen gefunden:

den Registrator im großh. Geheimen Kabinet, Eduard Millot, vorbehaltlich der Wiederverwendung, einstweilen in den Ruhestand zu versetzen;

unter dem 27. Februar d. J.

dem Revisor Gottlieb Bucherer bei der Oberrechnungskammer den Titel Oberrevisor zu verleihen;

den Bezirks-Bauinspektor Baurath Bartholomäus Weber in Offenburg auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen;

den Lehramts-Praktikanten Aloys Metzger in Weinheim zum Professor an der höhern Bürgerschule in Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit höchster Entschließung vom 31. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, nach dem Antrag der Kirchengemeinde-Versammlung in Heidelberg den bisherigen zweiten Pfarrer zu St. Peter und Providenz in Heidelberg, Stadtpfarrer Dr. Karl Zittel, zum ersten Pfarrer bei St. Peter und Providenz daselbst, und den zweiten Pfarrer bei Heilig Geist in Heidelberg, Stadtpfarrer Oskar Schellenberg, zum zweiten Pfarrer bei St. Peter und Providenz daselbst, ferner den von der Kirchengemeinde Heidelberg aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern um die zweite Pfarrstelle bei Heilig Geist gewählten und präsentirten Stadtvikar Wilhelm August Hönig in Heidelberg zum zweiten Stadtpfarrer bei Heilig Geist daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit höchster Entschließung vom 31. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Keppenbach aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern um die dortige evangelische Pfarrei gewählten und präsentirten Pfarrverweser Albert Häußer von Keppenbach zum Pfarrer daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 31. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Fahrenbach gewählten und präsentirten Vikar Heinrich Lang in Hugsweier zum Pfarrer in Fahrenbach zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 31. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Daisbach von den drei ihr bezeichneten Bewerbern gewählten und präsentirten Pfarrverweser Georg Steidel in Daisbach zum Pfarrer daselbst zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschließung aus großh. Staatsministerium vom 30. November v. J. auf die Höchstihrem Patronat unterliegende katholische Pfarrei Forchheim, Dekanats Endingen, den Pfarrer Josef Zeitvogel von Röthenbach gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 7. Februar d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Dem von dem Hrn. Grafen Wilhelm von Wiser auf die Pfarrei Leutershausen, Dekanats Weinheim, präsentirten bisherigen Vikar von Heidelberg, Wilhelm Weindel, wurde am 31. Januar d. J. die kirchliche Einsetzung ertheilt.

Dem von der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg auf die Pfarrei Reuthe, Dekanats Freiburg, als ständigen Pfarrvikar ernannten Pfarrer Hermann Rollfuß von Reiselfingen wurde am 7. Februar d. J. die kirchliche Einsetzung ertheilt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Wien**, 5. März. Der „Presse" zufolge hat der Sultan den Serbenfürsten Michael eingeladen, persönlich nach Konstantinopel zu kommen zur mündlichen Verhandlung wegen Schlichtung der Angelegenheit der Räumung der serbischen Festungen.

Pesth, 4. März. (Allg. Ztg.) Das Unterhaus nahm die Regierungsvorlage, betreffend die Bewilligung von 48,000 Mann Rekruten, an.

Florenz, 4. März. (W. T.-B.) Das Finanzprojekt Dumonceau's ist keineswegs aufgegeben, sondern wird dem Parlament vorgelegt werden. Die Gerüchte über angebliche Verhandlungen mit englischen Kapitalisten wegen der Finanzoperation sind unrichtig.

* **London**, 4. März. Die „Times" meldet, das Kabinet sei in folgender Weise verändert worden: Sir John Pakington ist zum Kriegsminister, Sir Stafford Northcote zum Staatssekretär für Indien, Hr. Corry zum ersten Lord der Admiralität ernannt worden. Hr. Stephen Cave wird Präsident des Board of Troade. Der Herzog von Richmond ist zum Staatssekretär für die Kolonien ernannt worden.

London, 5. März. (W. T.-B.) Derby und Disraeli theilten dem Parlament die bekannten drei Ministerabdankungen mit. Derby hofft, daß die Kabinetsergänzung bis Freitag vollendet sein werde. Disraeli bringt seine Reformbill am 18. d. M. ein.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. März. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 10 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums. 1) Verordnung, die Branntweinsteuer betreffend. 2) Die Serienziehung der 85. Gewinnziehung des Lotterieanlehens von 14 Millionen Gulden in 35-fl.-Loosen vom Jahr 1845 betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 1. v. M. Wilhelm Frisch, evangelischer Pfarrer in Seckenheim; am 10. v. M. Hermann Goll, Professor an der höhern Bürgerschule in Karlsruhe; am 24. v. M. Friedrich Keller, Oberst und Chef des Generalstabs in Karlsruhe.

München, 2. März. (Sch. M.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde über den Gesetzentwurf, einen Kredit für die weiteren Militärbedürfnisse für 1866—67 betreffend, berathen. Der 2. Präsident, Frhr. v. Thüngen, erklärt, daß er dem Entwurf nur mit schwerem Herzen zustimme; denn er müsse gestehen, daß ihn die Antwort, welche ihm Fürst Hohenlohe auf seine Interpellation, bezüglich der für die Zukunft einzuschlagenden bayrischen Politik, ertheilte, ganz und gar nicht befriedigt habe; heute aber diese Frage weiter zu besprechen, sei nicht angezeigt. Dem vorliegenden Entwurf müsse übrigens, hievon ganz abgesehen, zugestimmt werden; denn wer den Zweck wolle, müsse auch für die Mittel sorgen, und zwar rechtzeitig, denn sonst erwüchsen doppelte Kosten. Frhr. v. Zu-Rhein ist ebenfalls mit der am 1. Febr. vom Hrn. Fürsten v. Hohenlohe abgegebenen Erklärung nicht zufrieden, und seine Zweifel und Bedenken sind dadurch keineswegs gehoben worden; die Geschäftsordnung habe leider nicht erlaubt, sofort auf die Beantwortung der Interpellation über die Angelegenheit weiter zu sprechen; er glaube aber, daß man darauf zurückkommen müsse. Anscheinend böte der vorliegende Entwurf eine Handhabe zu jener Besprechung, allein er sei weit entfernt, hievon Gebrauch zu machen und an die heutige Forderung eine politische Betrachtung zu knüpfen; denn diese müßte, wenn man überhaupt eine bayrische Armee wolle, unter allen Verhältnissen genehmigt werden. Der Gesetzentwurf wird schließlich in der Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen.

Wiesbaden, 2. März. Man meldet dem „Frkf. J.", daß betreffenden Orts in Berlin die Absicht vorwaltet, auf eine Ablösung der Domänenjagden im Nassauischen, welche sieben Achtel aller derartigen Berechtigungen umfassen, zu verzichten und die Jagden zu Gunsten der Gemeinden freizugeben. Der einmüthige Protest der früheren Landtags-Abgeordneten gegen Ablösung der Jagden scheint nicht ohne Einfluß auf eine solche Entschließung gewesen zu sein.

Gotha, 2. März. (Fr. J.) Heute ist der Landtag des Herzogthums Gotha auf kurze Zeit zusammengetreten, um — außer einigen andern minder wesentlichen Vorlagen — ein Postulat der Staatsregierung zu erledigen, wodurch es endlich ermöglicht werden soll, den Bau der Gotha-Leinefelder Eisenbahn, der wegen ungünstiger Zeitverhältnisse noch immer nicht begonnen hat, baldigst in Angriff zu nehmen.

Meiningen, 3. März. (Fr. J.) Staatsminister v. Krosigk, der als Bundeskommissär der Eröffnung des Reichstags in Berlin beigewohnt, ist wieder hieher zurückgekehrt. — Aus den Landtags-Wahlen der Städte Meiningen, Wasungen und Salzungen sind die Advokaten Helmershausen und Dr. Heimbach hervorgegangen; Beide liberal. — Der Herzog ist dem Vertrag zwischen Belgien und Sachsen zum Schutz des literarischen Eigenthums beigetreten, und wird der betreffende Vertrag durch die Gesetzsammlung bekannt gegeben.

Anhalt. Nach einer Mittheilung der „Köthen. Ztg." aus Dessau sind die Nachrichten über eine zwischen Anhalt und Preußen abgeschlossene Separatkonvention in Betreff der Militärverhältnisse unbegründet.

Hannover, 3. März. (Nat.-Ztg.) Nach den jetzt vorliegenden Nachrichten aus dem ersten ostfriesischen Wahlkreise ist bei der dortigen Nachwahl nicht Professor Ihering aus

---

*Kg. Der Zauberbau von Mourne.

Irisches Volksmärchen.

Im Munster-Lande, mittäglich im Corker Gau, am Clydagh-Bach blühte einst Jahrhunderte-lang nach ihrer Gründung im Besitz des Geschlechts der Mac Carthy die Stadt Mourne, und blieb auch, selbst nachdem die Normannen kamen und sich ihrer bemächtigten und obwohl im Lauf der Zeit manche Schlacht inner und außer ihrer grauen Mauern geschlagen worden, ein gedeihlicher Ort, bis zuletzt Murrogh na Ranagh, der Fürst von Thomond, wie ein gewaltiges Feuer aus seinen sichern Sümpfen im Clarer Gau von Mitternacht her hervorbrach, das ganze Munsterland verheerend überzog, fast jede in der Engländer Besitz gerathene Stadt anzündete, darunter Mourne, an dessen Flammennoth er sich nicht genügen ließ, denn er zerstörte es bis auf den Grund, so daß nur wenige Schutthügel die Stätte zeigen, wo einst, wie die folgende Sage erzählt, Noreen Shouragh seine Stadt baute und so lustige Herrschaft hielt.

Vor vielen vielen Jahren, im Munster-Lande, herrschte Dhonal, ein Edler aus dem kriegerischen Geschlecht der Mac Caurha, über Duhallow und das wilde Berggebiet, das sich an den Ufern des Blackwater hinab erstreckt. Nach einer langen glücklichen und friedlichen Herrschaft wurde er zuletzt des ruhigen Lebens überdrüssig und machte sich in seinem streitlustigen Gehirn irgend einen Grund tödtlicher Beschimpfung und schwerer Klage wider einen benachbarten Machthaber zurecht, dessen Gebiet über dem Flusse drüben abendwärts sich erstreckte. Er versammelte also seine Dienstmannen mit aller erdenklichen Eile und schickte sich an, auf einen ganz besonders grimmigen und großen Fehdezug nach dem Lande seines Feindes aufzubrechen. Ehe er aus seiner Burg abzog, die einige Stunden oberhalb der Stadt Mallow stand, hielt er eine lange und vertrauliche Besprechung mit seiner Gemahlin, worin er sagte, im Falle er unterläge oder erschlagen würde und der Feind über den Blackwater herüberkäme um Vergeltung zu üben, solle sie in der Burg sich halten so lange noch ein Stein auf dem andern bleibe, und besonders ihre drei jungen Söhne wohl behüten, die — deß sei er gewiß — wie es auch kommen möge, Glück und Ruhm gewinnen würden. Alsdann trat er seinen Kriegszug an, an der Spitze einer gewaltigen Schaar unbändiger Fußsoldaten und plünderfertiger Reiter. Sein Nachbar war aber kein Mann, der sich im Schlaf überfallen ließ, denn bei'm Uebergang durch eine Furt bei Kantuck griff er Dhonal an, erlegte ihn im Zweikampf und ließ seine Krieger fast bis auf den letzten Mann über die Klinge springen. Danach ging er selbst über den Blackwater, verheerte das Land des Angreifers und belagerte die Burg, wohin die Wittwe mit ihren drei Söhnen sich geflüchtet hatte. Lange Zeit hielt sie wacker wider ihren Feind aus, zuletzt aber ward die Burg erstürmt, und sie und ihre drei jungen Söhne entkamen kaum mit dem Leben in die tiefe Waldwildniß.

Nachdem sie eine Zeitlang umhergewandert waren, errichtete die arme Edelfrau eine kleine Hütte aus Gestrüpp am Ufer des Clydagh nahe an der Stelle, wo noch jetzt die Trümmer des [unter der Herrschaft des englischen Königs Johann von Alexander de Ste. Helene gestifteten statilichen] Tempelherren-Präceptorium's von Mourne — oder Balli-na-Mona, wie's auch heißt — zu sehen sind. Hier hauste sie mit ihren Kindern eine lange Zeit in Noth und Elend. Ihre Söhne wuchsen auf, ohne jene Unterweisungen und Fertigkeiten zu erhalten, die für ihre Geburt gehörten, und gewannen ihren Lebensunterhalt wie die Kinder der gemeinen Leute umher, indem sie ein kleines Stückchen Land vor ihrer Hütte beackerten, und durch den Ertrag der Jagd in der umliegenden Waldung. Eines Tages, als Diarmid, der Aelteste, mit seinem Bogen und Pfeilen zur Jagd gerüstet ein enges Thal durchschritt, begegnete er einem Fußsoldaten, einem der Mannen des großen Herrn, der seinen Vater erschlagen hatte. Nun hatten weder Diarmid noch seine Brüder eine Erinnerung wer ihren Vater getödtet hatte, auch nicht von dem hohen Stande, von dem sie heruntergekommen waren; denn ihre Mutter hielt sie sorgfältig über Alles in Unwissenheit, aus Furcht, sie möchten bekannt werden und ihre Feinde sie ebenfalls umbringen. Der Fußsoldat und er gingen also eine Weile ihres Wegs zusammen an dem Thalhang hin. Endlich trieben sie ein Reh aus seinem Lager in dem grünen Farnkraut auf. Jeder schoß im gleichen Augenblick seinen Pfeil ab, und Jeder traf das Reh, das eine kurze Strecke abwärts lief und zuletzt an dem kleinen Bach unten im Thal todt hinfiel.

„Das Reh ist mein!" sagte der fremde Fußsoldat, als sie über dem todten Thier standen.

„Nein!" versetzte Diarmid, „es ist nicht dein. Sieh! dein Pfeil steckt nur in seiner Halshaut, meiner aber ist ihm in's Herz gerasselt, durch und durch!"

„Einerlei!" rief der Fußknecht mit einem drohenden Blick. „Was liegt mir daran, wie's todt ward, aber haben muß ich das Reh, Fleisch und Knochen, komm's wie's will! Meinst du, so ein Jüngelchen wie du hielte mich davon ab, wenn ich seinen lieben feisten Leib für die Tafel meines gnädigsten Herrn, des Mac Donogh, haben will."

Nun besann sich Diarmid, daß seine Mutter und Brüder zu eben der Zeit in ihrem Hüttlein aus Mangel an Speise fast Hungers starben. Er zog also ohne langes Hin-und-Herreden seinen langen Dolch aus der Scheide.

„Ganz gut," sagte er, „nimm's, wenn du ein Mann bist; ehe ich's aber lasse, muß ich selber erst steif und blutig an seiner Statt liegen!"

Der Fußknecht zog seinen Dolch bei der Rede, und da, über dem Thier am Boden, erfolgte ein harter heißer Kampf, der damit ausging, daß Diarmid seinen Dolch durch seines Gegners Leib durch und durch in den Griesboden unter ihnen stieß.

Diarmid nahm darauf den Speer und das andere Gewaffen des todten Fußknechts, warf das Reh auf seine breiten Schultern und siegsstolz zuschreitend erreichte er bald seiner Mutter Hütte. Da, nachdem er eine gute Mahlzeit zu sich genommen und sein Abenteuer erzählt hatte, begann Diarmid auseinanderzusetzen, was er für die Zukunft vorhabe.

(Fortsetzung folgt.)

Gießen, sondern Konsul Brons aus Emden gewählt; derselbe hatte schließlich 7675, Jhering 7667 Stimmen erhalten. Gegen diese Wahl sind indeß Proteste erhoben. Ueber den Ausfall der am 1. März vollzogenen Nachwahl im fünften Wahlkreise liegen erst aus einigen Bezirken Mittheilungen vor, die für den Kandidaten der nationalen Partei durchaus günstig lauten. — Die Professoren 2c. der Universität Göttingen sind vorgestern durch den frühern Generalsekretär für Universitätsangelegenheiten, jetzt Reichstags-Mitglied, v. Warnstedt, beeidigt worden. Ohne Gründe für sein Ausbleiben anzugeben, fehlte Professor Heinrich Ewald, einer der Göttinger Sieben von 1837.

Hildesheim, 2. März. Durch Erlaß des königl. Generalgouvernements ist der Betrag der Kaution für dreimal wöchentlich und öfter erscheinende Zeitungen folgendermaßen herabgesetzt worden: Stadt Hannover 5000 Thlr., Städte Hildesheim, Göttingen, Celle, Lüneburg, Harburg, Osnabrück und Emden 3000 Thlr., für die übrigen selbständigen Städte 2000 Thlr., für amtssäßige Städte, Flecken und Landgemeinden 1000 Thlr. Erscheint das Blatt seltener als dreimal wöchentlich, so beträgt die Kaution die Hälfte der angegebenen Sätze.

Aus Holstein, 1. März. Man schreibt der „Weser-Ztg.": Während alle deutschen Beamten, mit Ausnahme des Advokaten Kürschner (in Rendsburg), dem König Wilhelm den Huldigungseid geleistet, treffen aus Nordschleswig fast täglich neue Nachrichten von Eidesweigerungen der dortigen dänischen Beamten ein, und bereits ist eine Reihe von Geistlichen und Juristen dieserhalb von ihren Aemtern suspendirt. Auch die Lehrer, von denen die dänische Regierung den Homagialeid nicht verlangte, werden jetzt zur Eidesleistung herangezogen. Interessant ist eine Eingabe von 44 Lehrern der nordschleswigschen Dorfschaft Grum an den Oberpräsidenten und die von diesem hierauf ertheilte Antwort. Die Lehrer erbitten unter Bezugnahme auf Art. 5 des Prager Friedens einen Aufschub der Eidesablegung bis zur erfolgten Abstimmung, und erklären, falls die Regierung diese Bitte nicht berücksichtigen sollte, ihr Amt niederlegen zu müssen. Sie nehmen sich jedoch gleichzeitig die Freiheit, um Pensionirung zu bitten, und zwar in einer solchen Weise, „daß die Familien, welche dann bis weiter brodlos geworden, nicht allzu große Entbehrungen zu ertragen haben." Der Oberpräsident hat hierauf erwiedert, daß in naher Zeit an keine Abstimmung zu denken sei, sich daher jeder Einzelne in sein Schicksal zu finden habe. Was die von den Lehrern erhoffte Wiedervereinigung mit Dänemark anlange, so sei das Privatsache jedes Einzelnen. Von einer Pensionirung könne selbstverständlich nicht die Rede sein.

Berlin, 3. März. (Köln. Ztg.) Die Befriedigung durch das gestrige Resultat der Präsidentenwahlen steigert sich in den liberalen Kreisen noch bei weiterer Besprechung desselben. Die Wahl des Herzogs v. Ujest zum ersten Vizepräsidenten erfolgte durch die Vereinigung beider konservativen Fraktionen unter Hinzutritt einer Zahl von Altliberalen, welche für die Zukunft für manche gemäßigt-liberale Kompromisse auf die Fraktion Ujest rechnen. Bei der Wahl R. v. Bennigsen's für die Stelle des zweiten Vizepräsidenten standen die konservativen Fraktionen mit ihrem voraussichtlich neuen Verbündeten, dem Sachsen-Verein, zusammen in der erfolglos gebliebenen Wahl des Hrn. Haberkorn. Auf die sächsischen Partikularisten hatten die Konservativen als Bundesgenossen schwerlich gerechnet; sie feiern vorläufig den neuen Bund der „Solidarität der konservativen Interessen" — in der Minorität. Die Polen stimmten meist für v. Wächter, da Simson niemals ihr Freund war; sie können ihm den gegen Niegolewski vor Jahren ausgesprochenen Ordnungsruf im Abgeordnetenhause noch nicht vergessen. Gestern Abend fand im Präsidialzimmer des Reichstages die Feststellung des Resultates der Abstimmung über die Schriftführer-Wahl Statt. Es sind gewählt die Abgg. Justizrath Forkel (lib.), Landrath v. Unruhe-Bomst (kons.), Kreisrichter v. Kleinsorgen (kler.), Landrath Delius (lib.), Landrath v. Schöning (kons.), Landrath v. Wurmb (kons.), Appellationsgerichtsrath Dr. Falk (lib.). Der Abg. Delius fungirte viele Jahre hindurch und die Abgg. v. Schöning, v. Unruhe-Bomst und v. Kleinsorgen fungirten in der letzten Session als Schriftführer des Abgeordnetenhauses. Inzwischen wurden auch heute die vorläufigen Besprechungen über die Behandlung der Verfassungsvorlage innerhalb der verschiedenen Parteigruppen fortgesetzt. Die Altliberalen betheiligen sich noch immer an den Berathungen der Nationalliberalen. Dieselben dürften sich zwar, nachdem der Gedanke einer Verschmelzung der beiden alten Fraktionen in eine neue Gesammtpartei durch die etwas vorschnelle Sonderkonstituirung der Nationalliberalen überholt ist, demnächst auch ihrerseits in irgend welcher lockern Form als Gruppe konstituiren, werden aber fortfahren, das Einvernehmen mit den Nationalliberalen zu pflegen. Die Letztern haben in v. Bennigsen und Genossen ein der wünschenswerthen Vermittlung sehr förderliches Element erhalten.

Man schreibt dem „Frkf. J.": Das Uebergewicht der liberalen Parteien im Reichstage ist verschwindend klein, aber es ist doch immer vorhanden. Die preußischen Konservativen können weder ihre Geschäftsordnung noch eine Umgestaltung des Verfassungsentwurfs in pejus durchbringen; das werden die Liberalen hintertreiben, denen in allen Fragen von Bedeutung die sogenannten Partikularisten, die diese spöttische Bezeichnung zum großen Theil gar nicht verdienen, zur Seite stehen werden. Im Uebrigen ist in Reichstagskreisen selbst bemerkt worden, die Parlamentswahl gebe noch keineswegs einen sichern Anhalt zur Beurtheilung des Verhältnisses der Parteien zu einander. Die Wahlen waren geheime, und bei Personenfragen spielen Rücksichten mit, die bei streng sachlichen Angelegenheiten wegfallen. Mancher hat rechts für Graf Stolberg aus persönlichen Antipathien nicht gestimmt, und genau dasselbe gilt von der Linken bezüglich Simson's. Den Ausschlag werden vielfach die sächsischen Abgeordneten geben, die sich in so fern bei der gestrigen Wahl gewissermaßen neutral verhielten, als ihre Stimmen auf einen Kandidaten fielen, der von den entscheidenden Parteien nicht in Aussicht genommen war. Es ist nun aber durchaus nicht anzunehmen, daß die Hintermänner eines Wächter reaktionäre Pläne zu verwirklichen helfen sollten. Hoffentlich hört man bald auf, den Schleswig-Holsteinern partikularistische Tendenzen unterzuschieben. Die Vertreter der Herzogthümer hielten streng zur liberalen Majorität und werden, weil ihr Liberalismus ein fester und erprobter ist, auf die Bestrebunger der liberalen Partei sehr vortheilhaft einwirken.

Berlin, 4. März. Sitzung des norddeutschen Reichsraths vom 4. d. (Nat.-Ztg.)

Zunächst theilte der Präsident Simson das Resultat der Schriftführer-Wahlen mit. (S. o.) Neu eingetreten sind die Abgg. Pannier, v. Below, v. Jerskowski, Ruchert, Frhr. zu Rabenau, Wegener. Die Abgg. v. Auerswald und Aßmann sind zu Quästoren ernannt. — Der Präsident der Bundeskommissarien, Ministerpräsident Graf v. Bismarck, brachte hierauf den Verfassungsentwurf ein und begleitete die Einbringung mit folgenden Worten:

Im Auftrag der hohen verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, dem Reichstag den Entwurf der Bundesverfassung vorzulegen, welcher zwischen den Regierungen bisher vereinbart worden ist; ich füge diesem Entwurf die authentischen Ausfertigungen derjenigen Verträge bei, auf welchen bisher die Konstituirung des Bündnisses beruhte, wie die Protokolle über die Konferenzen, in welchen der vorgelegte Verfassungsentwurf zwischen den Vertretern der hohen Regierungen vereinbart worden ist. Indem ich diese Vorlagen der Beschlußnahme der hohen Versammlung unterbreite, enthalte ich mich, der Rede, mit welcher der König, mein allergnädigster Herr, unsere Sitzungen eröffnet hat, Etwas hinzuzufügen; nur auf einen Umstand erlaube ich mir aufmerksam zu machen. In dem vorläufigen Bündniß vom 18. Aug. v. J. lautet Art. 6: „Die Dauer des Bündnisses ist bis zum Abschluß des neuen Bundesverhältnisses, eventuell auf ein Jahr festgesetzt, wenn der neue Bund nicht vor Ablauf eines Jahres geschlossen sein sollte." Ich erlaube mir nicht, die Situation hier näher ins Auge zu fassen, in welche Deutschland gerathen würde, wenn bis zum 18. Aug. des laufenden Jahres, also in 5½ Monaten von jetzt ab gerechnet, unser Werk nicht zum Abschluß gebracht würde; ich erlaube mir aber auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der uns Allen bekannt ist, daß die Landtage oder doch wenigstens manche unter ihnen sich ausdrücklich vorbehalten haben, das Resultat unserer Vereinbarungen ihrer Beschlußnahme zu unterziehen. Wir werden also sofort nach Schluß des Reichstages, glaube ich, in der Nothwendigkeit sein, die Landtage der 22 einzelnen verbündeten Staaten auf das schleunigste zusammenzuberufen. Es ist dringend wünschenswerth, daß auch diese Phase unserer Entwicklung sich abschließt, bevor der 18. Aug. eintritt; auch in diesem Moment liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten. Die Beziehungen zu Süddeutschland, wie sie Jedem von uns mehr oder weniger bestimmt vorschweben mögen, werden meines Erachtens wesentlich durch eine rasche, entschiedene Beschlußnahme in Norddeutschland gefördert werden; das Vertrauen der süddeutschen Staaten zum Anschluß an ihre norddeutschen Landsleute wird in dem Maße gefördert werden, in welchem sie sehen, daß wir entschiedene Schritte zu dem Ziele hier machen, und daß wir dieses Ziel in nahe Aussicht nehmen können. Auch nach dieser Richtung hin, meine Herren, liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten und zur baldigen Verständigung über die Punkte, über welche Meinungsverschiedenheiten obwalten möchten.

Es liegt ohne Zweifel, meine Herren, Etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung des ganzen Deutschlands widerstrebt; wir hätten sie sonst nicht verloren oder hätten sie bald wieder gewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, in die Kaiserzeit, zurückblicken, so finden wir, daß kein anderes europäisches Land in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter vom russischen Reiche der Rurik'schen Theilfürsten bis zur gothisch-arabischen Mosaik der politischen Konstituirung Spaniens, so werden Sie finden, daß Deutschland die größte Wahrscheinlichkeit für sich hatte, einig zu bleiben. Was ist der Grund gewesen, der uns diese Einigkeit verlieren ließ, und der uns verhindert hat, sie früher wieder zu gewinnen? Wenn ich es Ihnen mit kurzen Worten sagen soll, so glaube ich, ist es dieser Ueberschuß an männlicher Selbständigkeit und an Unabhängigkeitsgefühl, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigene Kraft zu verlassen, als auf die der Gesammtheit; es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir anstreben, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen, meine Herren, haben Ihnen, glaube ich, ein gutes Beispiel in diesem Fall gegeben; es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen; so liefern auch wir, meine Herren, den Beweis, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt; daß wir — und Alle, die wir hier sind, haben es selbst erlebt — die Lehre zu Herzen genommen haben, die wir aus den vergeblichen Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen konnten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit herbeigeführt, der 16 Jahre lang gedauert hat und der schließlich durch eine Katastrophe wie die des vorigen Jahres nach irgend einer Seite hin, wie Gott es fügte, seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Ihnen und den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegen darf, als diese gerechte Erwartung des deutschen Volkes zu erfüllen. (Bravo!)

Nachdem Graf Bismarck die Aktenstücke dem Präsidenten Simson überreicht, schlägt Letzterer vor, die Vorlagen schleunig drucken zu lassen, um nach erfolgtem Druck über die geschäftliche Behandlung zu beschließen. Abg. v. Vincke wünscht sofortige Berathung über die geschäftliche Behandlung; der Lasker'sche Geschäftsordnungs-Entwurf enthalte sehr praktische Bestimmungen, und nach diesen (§ 20—22 des Entwurfs) möge man die Berathung reguliren. Der Präsident und der Abg. Schulze sprechen sich gegen diesen Weg aus, ebenso der Abg. Scheerer. Im Verlauf der weitern Diskussion bemerkt der Ministerpräsident, daß nur Protokolle, keine Motive vorgelegt sind; die letztern liegen in der Geschichte der letzten 16 Jahre. Die Abgeordneten Lasker und Braun befürworten die Vertagung der Verhandlungen über die geschäftliche Behandlung bis zur Erledigung der Frage der geschäftlichen Behandlung der Geschäftsordnung. Abg. v. Sybel im Interesse der Beschleunigung für den Beschluß, in Vorberathung des Entwurfs zu treten, ebenso v. Gottberg; Graf v. Schwerin für den Vorschlag des Präsidenten. Braun zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag des Präsidenten wird angenommen.

Für die vorgelegten Geschäftsordnungs-Anträge beantragt Graf Schwerin Schlußberathung und stellt für dieselbe einen Antrag auf motivirte Tagesordnung über beide Vorlagen. Der Präsident beantragt Vorberathung im Hause, der Abg. v. Arnim Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern, welchen Antrag der Abg. Graf zu Eulenburg nachher dahin erläutert, daß er der geeignete Weg sei, die vorliegenden Anträge zu beseitigen. Der Antrag auf Schlußberathung wird angenommen. Zum Referenten wird der Abg. Kanngießer und zum Korreferenten der Graf Bethusy-Huc ernannt.

Das Haus trat hierauf in Wahlprüfungen ein. Gegen die Wahl des Generals v. Steinmetz in Crossen liegen Proteste wegen Beeinflussung von Seiten des Landraths des Crossener Kreises vor. Abg. Graf Bethusy-Huc trägt als Referent das Sachverhältniß vor. Es liegt ein veröffentlichter Wahlerlaß aus dem Kreisblatt des Landraths vor, der zur Wahl des Generals v. Steinmetz ermahnt. Die Abtheilung bezeichnet diesen amtlichen Erlaß als eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse, jedoch gegenüber der geheimen Abstimmung nicht als eine wirksame Beeinflussung, und beantragt, die Wahl für giltig zu erklären, den Wahlerlaß jedoch der preußischen Regierung mitzutheilen. Der Antrag wird ohne Diskussion genehmigt. (Die Wahlprüfungen dauern noch fort.)

□ **Berlin,** 4. März. In Betreff der Präsidentenwahl des Norddeutschen Reichstags erfahren wir, daß der Graf v. Schwerin bei den Fraktionsverhandlungen, die am Freitag stattfanden, von der Kandidatur für die erste Präsidentenstelle zu Gunsten des Hrn. Simson zurückgetreten ist. Die Wahl des Letztern soll hauptsächlich durch Hrn. v. Vincke angeregt und betrieben worden sein. Zwischen den Mittelparteien und der Linken ist darüber ein Kompromiß zu Stande gekommen. Dagegen sind die Bemühungen der Rechten, sich mit den andern Parteien über alle drei Präsidentschaftskandidaturen zu verständigen und an erster Stelle einen der Ihrigen durchzusetzen, vergeblich geblieben. In Folge Dessen haben sowohl die streng Konservativen, als die Mitglieder der freien konservativen Vereinigung aus Prinzip an ihren besonderen Kandidaten festgehalten. Dabei soll aber die Erwählung des Hrn. Simson im zweiten Wahlgang durch den Hinzutritt einiger konservativen Stimmen bewirkt worden sein. Auf eigene Hand mit einem Kandidaten aus ihrer Mitte durchzudringen, hatte die Rechte keine Aussicht. Ueberhaupt zeigt die Präsidentenwahl augenscheinlich, daß für sich allein keine Partei im Reichstag eine Majorität besitzt. Ist doch die Linke als die schwächste der drei Hauptparteien gar nicht einmal mit einer eigenen Kandidatur hervorgetreten. Der Schwerpunkt der Entscheidungen liegt offenbar in den Mittelfraktionen. Von dem Verhalten der Altliberalen und der Nationalliberalen wird das Ergebniß der Reichstags-Verhandlungen vorzugsweise abhängen. So viel bis jetzt aus den Separatbesprechungen beider Fraktionen verlautet, wollen dieselben zu einer raschen summarischen Feststellung des norddeutschen Einigungswerks nicht die Hand bieten. Beide erstreben ziemlich durchgreifende Aenderungen des vorliegenden Verfassungsentwurfs, die im Wesentlichen darauf hinauskommen, den Staatenbund mehr in einen konstitutionellen Bundesstaat zu verwandeln, und dem Reichstag ausgedehntere parlamentarische Kompetenzen zu erwerben, als ihm durch den Entwurf zugemessen sind. Damit treten denn wohl lebhafte Kämpfe in Aussicht.

Das Privatprojekt wegen Herstellung einer neuen Bahnlinie zwischen Berlin und Breslau hat keine Aussicht auf Annahme. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung zur Verkürzung der Eisenbahn-Verbindung zwischen beiden Städten eine direkte Bahn von Berlin nach Guben anzulegen und den Bogen von Hansdorf nach Haynau ebenfalls durch eine direkte Linie abzuschneiden. Die von Privatunternehmern jetzt vorgelegten zahlreichen Bahnprojekte würden zu ihrer Ausführung etwa 300 Millionen Thaler erfordern. Dem Vernehmen nach wird die Regierung nur solche Linien konzessioniren, die sich als nothwendig und dringend wünschenswerthe Vervollständigungen des preußischen Eisenbahnnetzes erweisen.

Berlin, 5. März. Die „Kreuz-Ztg." bestätigt den bevorstehenden Rücktritt v. Patow's als Ziviladministrator von Frankfurt, sobald die Bildung des definitiven Verwaltungsbezirks und des Regierungsbezirks Wiesbaden beendet sei.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. März. Bezüglich des neuen Pfandbrief-Anlehens erfährt die „Presse", es sei zwischen der Regierung und einem Pariser Konsortium eine Abmachung getroffen, wonach Letzteres die ganze Summe zum Kurs von 69½ Proz. übernimmt. Sollte durch Ueberzeichnungen ein Mehrerlös erzielt werden, so gehört der Gewinn an der Kursdifferenz bis 71 Proz. dem Konsortium allein; bis 76 wird der Gewinn zwischen der Regierung und dem Konsortium getheilt.

Wien, 4. März. (Allg. Ztg.) Die „Wien. Abendp." erklärt die Pariser Nachricht der „Köln. Ztg.", daß der Kaiser von Oesterreich ein eigenes Danktelegramm wegen der in der französ. Thronrede für Oesterreich ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnungen an die Tuilerien gesandt habe, für unbegründet, indem diese Nachricht den Charakter der berechneten Ausstreuung an sich trage. Die „Abendpost" fügt hinzu: es habe einer Kundgebung an die französische Regierung gar nicht bedurft, damit dieselbe sich der in Wien für sie herrschenden freundlichsten Gesinnungen versichert halten konnte.

Pesth, 29. Febr. (N. Fr. Pr.) In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt der Ministerpräsident v. Andrassy bei Einbringung der Gesetzentwürfe über

die Eintreibung der Steuern und über die Aushebung von 48,000 Rekruten folgende Rede:

Indem das auf Grund der Gesetze vom Jahr 1848 ernannte verantwortliche Ministerium zum ersten Mal vor diesem hohen Haus erscheine, halte er es nicht für nothwendig, jene Grundsätze einzeln aufzuzählen, von welchen die Minister in ihrem Vorgehen sich leiten lassen werden. Sie können dieselben aus nichts Anderem schöpfen, als aus der Tendenz jener Gesetze, auf Grund deren sie sich hier befinden. Das leitende Prinzip der Gesetze von 1848 aber war nichts Anderes, als die verfassungsmäßige Unabhängigkeit des Vaterlandes unter getreuem Festhalten an dem Reichsverband. (Zustimmung rechts.) Die Verwirklichung dieser Idee wurde durch eingetretene beklagenswerthe Verhältnisse verhindert. Nun aber, nachdem es die erste Aufgabe gewesen, die Gesetze des Jahres 1848 zurückzugewinnen, müsse die zweite Aufgabe die sein, die Landesverfassung vom Gesichtspunkt des Reichsverbandes aus mit sochen gegenseitigen Garantien zu versehen, welche ihr Bestehen und ihre friedliche Entwicklung im Staat möglich machen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auf den Boden der Konstitution habe sich die Regierung gestellt, und auch dieses ihr Streben werde sie daher nur auf verfassungsmäßigem Weg bethätigen. (Allgemeine Zustimmung.) Es sei jedoch nicht zu läugnen, daß zahlreiche und große Hindernisse sich dem Wirken der Regierung in den Weg stellen. Die Regierung rechne in dieser Beziehung auf die Unterstützung und Hilfe des Hauses und jedes einzelnen Sohnes der Nation. (Bravo!) Sie habe diese Unterstützung um so nöthiger, als sie tief empfinde, daß in Folge der herrschenden europäischen Bewegung die nächste Epoche von entscheidendem Einfluß auf die Zukunft dieser Nation sein werde. (Bewegung.) Als Se. Maj. die Verfassung wieder herstellte, habe er das Schicksal der Nation in deren eigene Hände gelegt. Wenn die Nation jetzt, wo die Rechtsbasis unzweifelhaft bewahrt und gesichert sei, auch von ihrer Seite all' Dasjenige thun werde, was zu thun nothwendig ist; wenn sie, nachdem die Verfassung gesichert ist, auch Billigkeit gegen die Brudervölker an den Tag legt, dann wird ihre Zukunft länger und glänzender sein, als ihre Vergangenheit gewesen. Die Regierung kann jedoch nicht läugnen, daß die in jeder Beziehung riesige Aufgabe nicht nur die Kraft der Einzelnen, sondern auch die der Gesammtregierung übersteige. Doch die Nation werde sich nicht verläugnen, und darauf habe die Regierung gerechnet, als sie ihr Amt übernommen. (Bravo!) Die Regierung sei überzeugt, daß in Ungarn, seit Jahrhunderten Vaterland das Selfgovernments, jeder Einwohner durch mannhafte Besonnenheit jene Ordnung aufrecht erhalten werde, welche besonders im ersten Moment der Umgestaltung so nothwendig sei. Wenn jedoch die Ordnung irgendwo gestört werden sollte, so würde die Regierung als Hüter der Verfassungsmäßigkeit es für ihre Pflicht halten, jede Störung entschieden zurückzuweisen. (Beifall!) Uebrigens trete die Regierung mit Vertrauen vor die Nation, und im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit verlange auch sie Vertrauen von der Nation. Alles, was sie verspreche, sei, daß sie ernst bestrebt sein werde, das Vertrauen des Königs, das Vertrauen des Vaterlandes zu verdienen. (Stürmisches, nicht enden wollendes Eljen. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)

Italien.

* Die „Gazzetta d'Italia" hat aus Trient Mittheilung eines bis jetzt nicht veröffentlichten Schreibens erhalten, das Kaiser Napoleon III. an eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der italienischen Gesellschaft gerichtet haben soll. Dasselbe lautet:

St. Cloud, 24. August 1866.

Ich habe den Brief, den Sie mir geschrieben, mit Interesse gelesen und ersehe daraus mit Vergnügen, wie Sie stets noch das große Interesse für unsere beiden Länder erkennen, einig zu sein und auf derselben Bahn voranzuschreiten. Ich begreife, daß Italien darauf hält, in den Besitz von Welschtyrol zu gelangen. Allein, es kann es nur erlangen, wenn es gute Beziehungen zu Oesterreich herstellt und den vergangenen Groll vergißt, um sich völlig den glücklichen Eventualitäten der Zukunft anheimzugeben. Ich bitte Sie, mein Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen. Napoleon.

Es ist abzuwarten, ob sich die Echtheit dieses Schreibens bestätigt.

* **Venedig.** Der „Tempo" gibt folgende Nachrichten über Garibaldi: Der General begab sich mit seiner Tochter Teresita in das Theater Fenice. Kaum war er eingetreten, als von allen Seiten Hurrahs und begeisterte Lebehochrufe erschallten. Man verlangte die Garibaldi-Hymne, welche unter allgemeinem Jubel gespielt wurde. Etwas später erschien auch Prinz Amadeus im Theater; auch ihn empfing ein allgemeiner Jubel des Volkes und das Orchester gab den königl. Trompetentusch. Der Prinz dankte und begrüßte das Publikum. In einer Antwort auf eine Adresse des Arbeiter-Hilfsvereins von Venedig sagt Garibaldi, die Priester seien die „Cholera" für Italien. Der General ist nach Udine abgereist.

Frankreich.

♁ **Paris,** 4. März. Der heutige Tag gehört dem „boeuf gras". In der That ist die Promenade des „fetten Ochsen", diese erbärmliche Maskerade, deren sich eine deutsche Stadt 4. Rangs schämen würde, die große Angelegenheit der Pariser während der Faschingstage; von allem Andern ist nicht die Rede. — Die Arbeiten in dem großen Raum der Industrieausstellung, namentlich im Parke, sind noch sehr im Rückstand, noch mehr aber die Aussteller selbst, obenan die Aussteller von Maschinen u. dgl. — Hr. v. Girardin und Hr. Serrière, Drucker der „Liberté", sind für übermorgen (Aschermittwoch) unter der Anklage der „Aufreizung zum Haß und zur Verachtung gegen die Regierung" vor das Zuchtpolizeigericht geladen. Art. 4 des Dekrets vom 4. Aug. 1848 bestraft dies mit 1 Monat bis 4 Jahr Gefängniß und 150 bis 4000 Fr. Geldstrafe. Die „Fürsten des Barreaus" haben sich Hrn. v. Girardin zur Verfügung gestellt, der sich jedoch selbst zu vertheidigen wünscht. — Auf dem Maskenball, welcher vorgestern im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gegeben wurde, sah man auch (von zwei schönen Damen dargestellt) die Genien des Friedens und des Kriegs. Die Eine trug auf ihrem Kleide die Inschrift: „Pax hominibus bonae voluntatis". Die Andere: „Si vis pacem, para bellum".

* **Paris,** 4. März. Dem „Etendard" zufolge hält der Staatsrath heute in allgemeiner Versammlung unter Vorsitz des Kaisers im Tuilerienpallast eine Sitzung, um den Gesetzentwurf über das Versammlungsrecht zu prüfen. Der Staatsrath wird auch über einen Zusatzartikel zum Gesetzentwurf über die Armeeorganisation berathen, der dazu bestimmt ist, transitorisch die Lage des jetzigen Kontingents zu regeln. Diesem Artikel zufolge werden die augenblicklich unter der Fahne oder in der Reserve stehenden Soldaten ihre Dienstzeit nach der jetzigen Gesetzgebung beenden, d. h. 7 Jahre dienen und nachher 2 Jahre der mobilen Nationalgarde angehören. Dasselbe Blatt schreibt:

Wir sind befugt, in der bestimmtesten Weise zu versichern, daß Preußen von Holland keinerlei Grenzberichtigungen verlangt hat und daß alle von der Presse vorgebrachten Angaben vollständig irrig sind. Unser Berliner Korrespondent schreibt uns außerdem, daß gegen Ende der letzten Woche Hr. Benedetti den Hrn. v. Bismarck in Gegenwart des holländischen Gesandten am preußischen Hof befragt und daß Graf v. Bismarck geantwortet und — indem er Letztern zum Zeugen der Aufrichtigkeit seiner Worte genommen — diese Thatsache in der kategorischsten Weise widerlegt habe. Der holländische Gesandte hätte die Angaben des preußischen Ministers vollkommen bestätigt.

Die „France" bestätigt das Gerücht, daß die Regierung beabsichtigt, dem Gesetzgeb. Körper einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Hrn. v. Lamartine eine Nationalbelohnung zuerkennt. Der betreffende Gesetzentwurf sei bereits an den Staatsrath gelangt; er trage darauf an, daß Hrn. v. Lamartine die Summe von 400,000 Fr. als Nationalbelohnung ausgezahlt werde. — Dasselbe Blatt meldet, daß am nächsten Donnerstag der Preßgesetz-Entwurf dem Gesetzgeb. Körper vorgelegt werden wird.

Der „Avenir nat." erhält durch seinen Telegraphen Folgendes: Das französische Transportschiff „le Rhône" soll heute mit der belgisch-mexikanischen Legion in Antwerpen ankommen. Prinz Humbert von Italien trifft am 15. April in Paris ein und begibt sich alsdann nach Wien, wo seine Verlobung mit einer österreichischen Erzherzogin gefeiert werden soll. Aus Wien meldet man eine allgemeine Erhebung der Bevölkerung in allen türkischen Provinzen als nahe bevorstehend. — Die „Liberté" meldet, daß die von General Bourbaki befehligte Gardedivision zwischen dem 10. und 15. d. M. mit Chassepot-Gewehren bewaffnet wird. — Rente 70.22½, Cred. mob. 517.50, ital. Anl. 53.90.

Belgien.

Brüssel, 3. März. Die Kammern haben sich bis zum 12. d. M. vertagt. — Man hofft, daß die Maßregeln gegen die Viehseuche ihren Zweck erreicht haben; in Hasselt und Umgegend sind bisher keine Fälle mehr vorgekommen, ebenso in der Campine. Der Generalinspektor der Thierarznei-Schulen in Frankreich, Hr. Bouley, ist in Hasselt angekommen, um im Auftrag der Regierung genauere Studien vorzunehmen. Er wird von dort sich nach Holland und den preußischen Gegenden, wo die Seuche aufgetreten ist, begeben. — Die Studenten der freien Universität Brüssel wollen wieder einen internationalen Studentenkongreß abhalten, und zwar vom 14. bis 17. April. Diesmal sollen die politischen Fragen und die sozialen Doktrinen, welche bei dem Kongreß in Lüttich so viel unnützen Lärm machten, bei Seite gelassen werden; man will sich wesentlich auf die Angelegenheiten des höhern Unterrichts beschränken.

Niederlande.

Haag, 2. März. (Köln. Ztg.) Die Gerüchte über bedenkliche Forderungen Preußens, welche zuerst das „Avenir Nat." aufgebracht hatte und die dann durch den Amsterdam'schen „Courant" bestimmter gestaltet worden waren, haben sich, wie es vorauszusehen war, als ganz grundlos erwiesen. Der Minister des Auswärtigen hat sich in der Kammer darüber deutlich genug ausgesprochen, als er sagte, „so lange ich die Ehre habe, an der Spitze des Departements der auswärtigen Angelegenheiten zu stehen, habe ich, so viel ich mich erinnere, auch nicht ein einziges Gespräch mit irgend einem auswärtigen Gesandten geführt, worin die Namen von Mastricht oder Venloo auch nur genannt worden wären." In der gestrigen Berathung der Zweiten Kammer über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten sagte der Minister, daß er die Weiterführung der Eisenbahn-Verbindungen im Norden für eine Sache von großer nationaler Wichtigkeit ansehe. Von preußischer Seite würde von Staats wegen für einen Anschluß der Bahnen nichts geschehen, doch wären damit die Privatunternehmungen nicht ausgeschlossen, und falls Konzessionen gesucht werden würden, so würde die Regierung dieselben sehr gern bei der preußischen Regierung befürworten. Es wäre in solchem Fall auch vielleicht Aussicht zu einer Subsidie für die Ueberbrückung der Ems, welche bis jetzt das größte Hinderniß des Anschlusses bilde. Ein Entwurf zu einem Handelsvertrag mit Norddeutschland läge bereit; wegen des abgelaufenen Vertrags mit Preußen über den Schmuggelhandel wünsche er noch etwas zu warten, ehe er sich über dessen etwaige Erneuerung entschlösse. Bei der Liquidation in Folge der Auflösung des Deutschen Bundes seien die Interessen der Niederlande einer befreundeten Macht anvertraut worden, weil die Vorsicht eine direkte Einmischung Niederlands in diese Angelegenheit abgerathen habe. Niederland würde seinen Antheil erhalten. Was Limburgs Lostrennung von Deutschland betrifft, so sei eine formelle Sanktion der Lösung des Bundesverhältnisses nicht nothwendig, aber wünschenswerth. Auf Ersuchen der HH. van Delden und Wintgens, sich über die auswärtigen Beziehungen noch bestimmter auszusprechen, da die beunruhigenden Gerüchte darüber schon schädlich gewirkt hätten, erklärte der Minister, daß die Lage des Landes durchaus nicht Veranlassung gebe, irgend Jemanden Besorgnisse einzuflößen; Niederland werde durch keinen auswärtigen Staat im geringsten bedroht. Ein Amendement, welches die Kosten für auswärtige Vertretung beschränkt, wurde angenommen und darnach das ganze Budget mit 41 gegen 31 Stimmen. — Gestern ist der Hr. Oberbaurath Hagen von Berlin, der von Preußen mit der Untersuchung der Schelde-Angelegenheit beauftragt ist, hier angekommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 3. März. Bei einem gestern stattgehabten Banket brachte Großfürst Nikolai einen Toast auf die tapfern griechischen Freiwilligen aus, welche gegenwärtig so viel leiden, so heroisch kämpfen und sterben, und deren Brüder während des Krimkrieges die einzigen Verbündeten Rußlands gewesen sind. — Durch kaiserl. Ukas ist nunmehr die Aufhebung der Leibeigenschaft auch auf die Bauern in Mingrelien ausgedehnt worden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. März. Von zuverlässigster Seite werden die angeblichen Aeußerungen, die der König von Schweden in einer Soirée bei der verwittweten Königin über das Legitimitätsprinzip und dessen neueste Anwendnng gethan haben soll, als vollständig erdichtet bezeichnet.

Großbritannien.

London, 5. März. (Sch. M.) Im Haus der Gemeinen kündigte Disraeli gestern an: Seit dem letzten Mal habe die Mehrheit des Kabinets sich entschlossen, zu dem ursprünglichen Programm in der Reformfrage zurückzukehren und die Wahlrechte der Burgflecken auf einer sichern, ausgedehnten und dauernden Grundlage festzustellen. Gladstone tadelte die Haltung der Regierung, besonders die Erklärung, daß sie wieder zu dem ursprünglichen Programm zurückkehre. Er verlangte, daß die Bill einfach, verständlich und loyal sei; dann verspreche er, sie mit dem aufrichtigen Wunsch einer Verständigung zu prüfen.

Amerika.

Neu-York, 2. März. Der Präsident hat gegeu die Rekonstruktionsbill sein Veto eingelegt. In seiner Veto-Botschaft heißt es, der Präsident habe keine verfassungsmäßige Befugniß, eine Bill behufs Militärregierung im Süden anzunehmen, wenn nicht Aufrechthaltung der Ordnung bezweckt sei, sondern der Süden nur zu Prinzipien gezwungen werden sollte, denen er feindlich entgegensteht, bezüglich deren er das Recht habe, seinem eigenen Urtheil zu folgen. Der Präsident wiederholt seine Empfehlung, daß alle loyalen Repräsentanten zum Kongreß zugelassen werden möchten. Der Kongreß votirte am Sonntag die Bill über das Militärgouvernement des Südens, trotz des Veto's. Der Tarif auf Rohwolle ist geändert. Die Ausgabe von 50 Mill. in 3prozentigen Anleihezertifikaten ist angenommen.

* **Neu-York,** 3. März, Abends. (Mit dem atlantischen Kabel.) Die letzten Nachrichten aus Vera-Cruz melden, daß Kaiser Maximilian am 19. an der Spitze von 6000 Mann in's Feld gezogen war. Er ging gegen Norden und hatte Carvajal geschlagen, dessen ganze Truppenmacht er getödtet oder gefangen genommen hatte.

Baden.

Karlsruhe, 3. März. (B. Lnds.-Ztg.) Gestern Abend feierte die Feuerwehr der Maschinenbau-Gesellschaft das Fest ihres 20jährigen Bestehens durch einen glänzenden Ball im Saal des Weißen Löwen. Die Fabrik- und Karlsruher Feuerwehr war durch die HH. Dölling, Lauz, Däschner, Brozler u. s. w. vertreten. In einer kurzen Ansprache drückte der Vorstand, Hr. Marschall, seine Wünsche für ein einträchtiges Verhältniß und ein einiges Zusammenwirken der Karlsruher Feuerwehr und der Feuerwehr der Maschinenbau-Gesellschaft aus, welchen Wunsch ein dreimaliges Hoch begleitete. Der Gesangverein der Maschinenbauer füllte die Pausen durch den Vortrag mehrerer Männerchöre unter Keppner's Leitung aus.

In Säckingen ist auf den 6. März eine Versammlung des Gemeinderaths und der Bürgerausschüsse anberaumt, um die Ablösung des Rhein-Brückenzolles zu erledigen. Zu dieser Berathung wird sich der großh. Hr. Landeskommissär einfinden. (Konst. Ztg.)

Vermischte Nachrichten.

— Vom Bodensee, 2. März. (Bayer. Ztg.) Auf Antrag Oesterreichs wird demnächst eine Konferenz der Bodensee-Uferstaaten behufs Aufhebung der Abfuhrtaxen in den dortigen Häfen stattfinden.

— Hannover, 2. März. Von der k. Polizeidirektion geht der „Allg. Ztg." folgende Mittheilung als Warnung des Publikums zu: „Die k. preußische Polizeidirektion sieht sich veranlaßt, das Publikum vor dem Ankauf von Loosen zu der vielfach angekündigten, ohne staatliche Genehmigung unternommenen und deßhalb unerlaubten Verloosung des Schwefelbades Fiestel im Kreise Lübbecke um so dringender zu warnen, als wegen des vorliegenden Verdachts, daß mit dieser Lotterie ein nicht unerheblicher Betrug in Verbindung stehe, hier eine Kriminaluntersuchung eingeleitet ist."

— London, 1. März. Zu der Geschichte der Eisenbahn-Unfälle hat die Nacht von Dienstag auf Mittwoch einen neuen und seltenen Beitrag gebracht; es ist eine Pulverexplosion auf der Eisenbahn. Ein Güterzug gerieth bei Clifton in der Nähe von Penrith (Grafschaft Cumberland) auf der London and North-Western Railway, in Folge des Brechens einer Axe und dadurch vorgekommenen Entgleisens mehrerer Waggons, ins Stocken und es entstand eine Konfusion, wie sie nur auf englischen Bahnen möglich ist. Ein Waggon mit Schießpulver und ein anderer mit Salz wurden auf das andere Geleise gebracht, um den Zug wieder zu rangiren und so die Bahnstrecke vollständig versperrt. Kurze Zeit darauf kam, die allgemeine Verwirrung noch zu steigern, auf dem letztern Geleise ein anderer Güterzug heran, und da Niemand daran dachte, ihn zum Halten zu bringen, so fuhr derselbe gewaltig und unaufhaltsam in die in seinem Weg stehenden Waggons hinein, wodurch sich die Ladung des einen, bestehend in 4 Tonnen Pulver, mit einer schrecklichen Explosion, die bis 20 Meilen im Umkreis vernehmlich war und meilenweit die Gegend wie ein Erdbeben erschütterte, entlud. Lokomotivführer und Heizer des Zugs fanden einen augenblicklichen, schrecklichen Tod, Waggons und Güter wurden in allen Richtungen umhergeschleudert und geriethen in Brand; kurz, es war eine Szene der Zerstörung, wie man sie selten sieht, und es dauerte gegen sechs und eine halbe Stunde, bis beide Geleise wieder klar gemacht waren.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.s.779. Heidelberg. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Frau Babette gestern plötzlich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Jeder, der die Verblichene gekannt, wird wissen, wie groß mein Verlust ist, und bitte ich, sowie die trauernde Schwester und deren Sohn um stille Theilnahme.

Heidelberg, den 4. März 1867.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Jakob Glück.
Sophie Rosenstiel u. Sohn David.

Z.s.769. Nr. 1912. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei großh. Amtsgericht Meßkirch ist die Stelle eines Gerichtsvollziehers und Gerichtsboten zu besetzen. Bewerbungen um dieselbe sind binnen 14 Tagen bei genanntem Amtsgerichte einzureichen. Hierbei wird bemerkt, daß nur solche Bewerber berücksichtigt werden, welche in die Wartliste aufgenommen sind.

Karlsruhe, den 27. Februar 1867.

Justizministerium.
Stabel.

Weizel.

Lehrlingsgesuch.

Z.s.788. In ein Cigarren- und Agenturengeschäft kann sofort ein braver junger Mensch als Lehrling eintreten. Näheres durch die Expedition dieses Blattes.

Z.s.592. Frankfurt a. M.

Gesucht ein perfekter **Diener**, welcher **gute** Zeugnisse aufzuweisen hat.

Schriftliche Anmeldungen franco an **Jaeger**'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M. unter Chiffre M.B.56.

Apothekeverkauf.

Z.s.691. Eine gut eingerichtete Apotheke einer badischen Amtsstadt ist zu verkaufen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.s.753. Frankfurt a. M.

Empfehlung.

Für Kapital-Anlagen kleiner Beträge empfehlen wir die neuen

10-Fr.-Anlehensloose der Stadt Mailand.

Vier Ziehungen im Jahr 1867. Am 16. März. — 16. Juni. — 16. September. — 16. Dezember. — Haupttreffer: **Fr. 100,000, 50,000, 30,000** ꝛc. Niedrigste Prämie 10 Fr. Preis der Original-Obligationsloose 10 Fr. oder 4 fl. 40 kr. Plan gratis. Aufträge auf diese Loose, sowie auf alle sonstigen Staats-Effekten führen prompt aus

Moriz Stiebel Söhne,
Bank- und Wechselgeschäft
in **Frankfurt a. M.**

Z.s.163. Karlsruhe.

Weinversteigerung.

Aus den Besitzungen Ihrer Großherzoglichen Hoheiten der Prinzen **Wilhelm** und **Karl von Baden** werden in dem Palais dahier — Innerer Zirkel Nr. 32/36 —

Donnerstag den 7. März d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

folgende selbstgezogene und rein gehaltene Weine von den beigesetzten Jahrgängen, nämlich:

Schafberger Rießling, 1865r	. . .	40 Ohm,
„ Rother, 1865r	. . .	7 „
Kastelberger Gutedel, 1865r	. . .	7 „
Staufenberger Klingelberger, 1862, 1863, 1864 und 1865r		85 „
„ Clevner I. Sorte, 1863 und 1864r	. . .	21 „
„ Clevner II. Sorte, 1864r		8 „
„ Ruländer, 1863r	. .	6 „
„ Gutedel, 1864r	. .	8 „
„ Rother, 1864r	. .	11 „
„ Rother, 1865r	. .	4 „
		197 Ohm

öffentlich versteigert werden.

Karlsruhe, den 6. Februar 1867.

Vermögensverwaltung
Ihrer Großherzoglichen Hoheiten der Prinzen
Wilhelm und **Karl von Baden.**

Z.s.674. Aubach bei Achern.

Weinversteigerung.

Donnerstag den 14. März, 1/2 11 Uhr, läßt Herr du Fay auf seinem Landgut Aubach nachbeschriebene Weine versteigern:

36 Ohm weißer Aubacher 1866er,
20 Ohm dto. dto. 1865er,
3 Ohm rother dto. 1864er,
120 Ohm weißer Alsenhöfer 1866er,
38 Ohm dto. dto. 1865er.

Erlenbad, den 1. März 1867.

A. A.: Ph. Ketterer.

Z.s.767. So eben erschien im Verlage von Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig:

Der böhmische Krieg.

Nach den besten Quellen, persönlichen Mittheilungen und eigenen Erlebnissen geschildert von

Georg Hiltl.

I. Abtheilung. Eleg. brosch. mit Karten und vielen Illustrationen.
Preis 1 fl. 48 kr.

Der durch seine Kriegsberichte im Daheim und in der Voßischen Zeitung bekannte Verfasser hat es unternommen, mit möglichster Treue und in frischer, interessanter Form eine Geschichte der großen Ereignisse des vergangenen Sommers zu schreiben. Er war dazu in seltenem Maße ausgerüstet durch die ihm zugänglichen Quellen, durch seine Anwesenheit im großen Hauptquartier und durch die Gabe fesselnder, belletristischer Darstellung. Der Stift des Künstlers unterstützt das schildernde Wort durch zahlreiche Illustrationen, durch Portraits lebender und gefallener Helden, durch humoristische und genrehafte Szenen, und so kann die Verlagshandlung dem gebildeten Publikum ein Werk bieten, welches wohl auf lange Zeit das getreueste und interessanteste über den Krieg bleiben wird. Die vorliegende Abtheilung umfaßt die Ereignisse der Armeen Prinz Friedrich Carl's und Herwarth's bis zum Schluß der Kämpfe von Gitschin, also die Einmärsche, Libau, Hünerwasser, Münchengrätz, Nachtgefecht von Podol (dessen Darstellung meisterhaft genannt werden kann), Paß von Podkost und Gitschin.

Von der Elbe bis zur Tauber.

Der Feldzug der preuß. Mainarmee

im Sommer 1866

vom Berichterstatter des Daheim.

I. Abtheilung. Eleg. brosch. mit Karten und vielen Illustrationen.
Preis 1 fl. 30 kr.

Das vorliegende Werk, reich durchillustrirt, ist das erste, welches Klarheit in die zum Theil noch dunklen, verworrenen Ereignisse des Mainfeldzuges bringt. Es macht Anspruch auf quellenmäßige Wahrheit, auf der andern Seite ist es aber auch mit jener fesselnden Interessantheit geschrieben, welche dem Verfasser der Berichte des Daheim von der Mainarmee („Ein Schlachtfeld drei Tage nachher", „Leiden und Freuden eines Berichterstatters", „Im Kursaal zu Kissingen", „Dreimal arretirt", „Meine Fahrt mit der Leiche") und der Besuche bei Dreyse, Moltke, Vogel von Falkenstein, Goeben und von der Tann eigen ist.

Die Illustrirung, von der Hand Emil Hünten's, der als Landwehrlieutenant den ganzen Feldzug durchmachte, zeichnet sich durch besondere Originalität und Treue aus.

Jedes der beiden Werke wird 3 Abtheilungen zu demselben Preise umfassen und rasch nacheinander vollständig werden.

Beide Werke sind vorräthig in allen Buchhandlungen.

Z.s.762. Die Unterzeichneten nehmen bis 8. dieses Abends Subskriptionen auf die neuen

Oesterreichischen 5% Staats-Domänen-Pfandbriefe, ausgestellt in Stücken à 300 Francs,

entgegen.

Der Emissionspreis ist 230 Francs pr. Stück; die Rückzahlung erfolgt mit 300 Francs durch halbjährige Verloosungen innerhalb 46 Jahren vom 1. Juli 1867 an.

Prospekte zur Einsicht.

Karlsruhe und Baden, 4. März 1867.

G. Müller & Cons.

Agenten-Gesuch.

Z.s.695. Für eine renommirte Lebensversicherungs-Gesellschaft werden Unter-Agenten bei sehr günstigen Bedingungen gesucht; es werden besonders die HH. Lehrer hierauf aufmerksam gemacht.

Franco Offerten beliebe man unter R 1001 bei der Expedition dieses Blattes einzureichen.

Z.s.773. Karlsruhe. **(Brod-Lieferung.)** Die Brodlieferung für die Garnisonen Kehl, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal und Schwetzingen, sowie für die zum Montirungs-Kommissariat in Ettlingen kommandirte Mannschaft während der drei Monate

April, Mai und Juni 1867

soll im Weg der Soumission an den Wenigstnehmenden in Akkord gegeben werden.

Die zur Uebernahme solcher Lieferungen Lusttragenden haben:

1) die bei den betreffenden Garnisonskommandantschaften, sowie bei dem unterfertigten Sekretariat aufgelegten **neu aufgestellten** Lieferungsbedingungen einzusehen;
2) die Soumissionen an das großh. Kriegsministerium portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift: „Brod-Lieferung für die Garnison N. N." einzusenden, oder solche bis

Donnerstag den 14. März 1867,
Vormittags 10 Uhr,

in die auf diesseitigem Bureau aufgestellte Soumissionslade einzulegen.

3) Jeder Soumittent hat seiner Soumission ein gemeinderäthliches, amtlich beglaubigtes Leumunds- und Vermögenszeugniß beizulegen, widrigenfalls er zu gewärtigen hat, daß seine Soumission unberücksichtigt bleibt.
4) Bei Vermeidung des gleichen Nachtheils müssen die Preise für jeden Garnisonsort einzeln angegeben, auch in Zahlen und Worten angegeben sein.
5) Die Soumissionen sind auf den Schuß Brod zu 7 Pfund 16 Loth — deren jeder aus vier Laiben zu 1 Pfund 28 Loth besteht — zu stellen.
6) Angebote mit Bruchtheilen unter 1/8 Kreuzer für den Schuß werden nicht angenommen.
7) Zur Lieferung werden nur inländische gelernte Bäcker zugelassen.

Karlsruhe, den 2. März 1867.

Sekretariat des großh. Kriegsministeriums.
Fischer.

Z.s.724. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Aus der Forstdomäne Theninger Almend, Hartholzschlag Nr. 3, versteigern wir gegen Baarzahlung vor der Abfuhr

Dienstag den 12. März 1867:
12 Klftr. buchenes, 20 Klftr. gemischtes Scheitholz, 30 Klftr. gemischtes Prügelholz, 5 Klftr. Stockholz, 14,000 Stück buchene und gemischte Wellen.

Mittwoch den 13. März 1867:
22,000 Stück buchene und gemischte Wellen, 1 Loos Schlagraum, sodann 3 Stämme eichenes Holländer-, 7 Stämme eichenes Bau- und Nutzholz.

Donnerstag den 14. März 1867, Weichholzschlag Nr. 12, 13, 14 und 15:
2500 Stück Weichholz-Faschinen, auch zu Bohnenstecken und Hagholz tauglich.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlag, unweit der Reuthe-Theninger Straße.

Emmendingen, den 2. März 1867.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

Z.s.771. Nr. 2316. Konstanz. (Bekanntmachung.) Die Ehefrau des Josef Klotz von Zoznegg, Genovefa, geb. Keller, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben, zu deren Verhandlung Tagfahrt auf

Donnerstag den 11. April d. J.,
Vormittags 1/2 9 Uhr,

angeordnet wird; was wir zur Kenntniß der Gläubiger bekannt machen.

Konstanz, den 28. Februar 1867.

Großh. Kreis- und Hofgericht.
Civilkammer.
Wedekind.

Schaaff.

Z.s.772. Nr. 406. Offenburg. (Vorladung.) J. A. S. gegen Theobald Wurth und Jakob Leuthäuser von Altenheim wegen Theilnahme an Raufhändeln wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung in öffentlicher Schwurgerichtssitzung auf

Donnerstag den 28. März l. J.,
Vormittags 8 Uhr,

anberaumt, und werden hiezu die flüchtigen Angeklagten Theobald Wurth und Jakob Leuthäuser von Altenheim mit dem Anhange vorgeladen, daß sie sich 14 Tage vor dieser Hauptverhandlung bei dem großh. Amtsgerichte Offenburg zu stellen haben, und daß bei ihrem Ausbleiben die Verhandlung und Aburtheilung gleichwohl stattfinde.

Offenburg, den 2. März 1867.

Der Schwurgerichtspräsident.
Faller.

Schröder.

Z.r.871. Nr. 2051. Triberg. (Bekanntmachung.) Die diesseitige öffentliche Aufforderung des Soldaten Andreas Dold von Furtwangen und die verfügte Vermögensbeschlagnahme vom 19. November v. J., Nr. 10,510, werden andurch wieder zurückgenommen, da Andreas Dold sich gestellt hat.

Triberg, den 1. März 1867.

Großh. bad. Bezirksamt.
Engelhorn.

Edelmann.

Z.r.919. Nr. 1639. Gerlachsheim. (Berichtigung.) Die Bekanntmachung vom 17. v. M. ist dahin zu berichtigen, daß der Vormund der Anna Frank von hier nicht Haar, sondern „Heer" heißt.

Gerlachsheim, den 2. März 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schwab.

Frankfurt, 4. März 1867.

Staatspapiere.

		Per compt.				Per compt.
Preuß.	5% Obl. b. Rothsch.	— —	Brschw.	3 1/2% Ob. b. R. à 105		— —
„	4 1/2% do.	— —	Luxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.		81 5/8 G.
„	4% do.	— —	„	4% do. à 105 kr. b. E.		81 G.
„	3 1/2% Staatsch.	— —	Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.		— —
Frankf.	3 1/2% Obligation.	83 G.	„	5% do. 1852 i. Lst.		66 3/8 G.
„	3% dto.	75 1/2 P.	„	5% do. 1859 „ „		63 5/8 b. G
Nassau	4 1/2% Obl. b. Rothsch.	98 P.	„	5% do. 1864 „ „		62 1/4 P.
„	4% do.	92 1/2 P.	„	5% Met. i. Slb. b. B.		65 3/8 G
„	3 1/2% do.	— —	„	5% Nat.-Anl. 1854		55 1/4 b. G.
Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	— —	„	5% Met.-Obligat.		47 1/4 P.
Bayern	5% Obligationen	102 P.	„	5% do. 1852 C. b. R.		— —
„	4 1/2% 1jährig	— —	„	4 1/2% Met.-Obligat.		41 1/4 G.
„	4 1/2% 1/2jährig	98 1/4 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12		85 1/4 G.
„	4% 1jährig	94 P.	Finnld.	4 1/2% Ob. i. R. à 105		85 7/8 P.
„	4% 1/2jährig	94 P.	„	4 1/2% Pfdb. i. R. à 105		84 3/4 G.
„	4% Ablös.-R.	93 G.	Belgien	4 1/2% O. i. Fr. à 28 kr.		99 7/8 G.
„	3 1/2% dto.	— —	Italien	5% Lomb. i. S. b. R.		79 5/8 P.
Sachsn.	5% Obl. b. Rthl. à 105	103 1/2 bG	„	5% Venet. C. b. R. 6/7		— —
Wrtbg.	4 1/2% Obl. b. Rothsch.	97 3/4 P.	Schwd.	4 1/2% Obligation.		86 3/4 P.
„	4% do.	94 5/8 G.	„	4 1/2% do. i. L. à 12 fl.		— —
„	3 1/2% do.	85 1/2 P.	„	4 1/2% Pfbf. i. R. à 105		85 P.
Baden	4 1/2% Obligation.	97 1/2 P.	Schwz.	4 1/2% E. O. i. Fr. à 28		99 3/4 G.
„	4% do.	92 P.	„	4 1/2% Bern. Std.-O.		— —
„	3 1/2% do. v. 1842	87 1/4 P.	„	4% do.		84 G.
G.Hess.	4% Obligation.	94 1/8 b. G.	„	5% Gf. St.-O. Fr. 28		97 3/4 G.
„	3 1/2% do.	— —	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881		78 1/8 P.
Oldnb.	4% Obligation.	— —	„	6% do. r. 1882		76 7/8 b. G

Anlehens-Loose.

3 1/2% Preuß. Pr.-A.	— —
Kurh. 40 Thlr. L. b. R.	55 G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	35 1/2 G.
3% St.-Hmb. v. 1866	80 3/4 P.
4% Bayr. Präm.-A.	100 1/2 P.
Bad. 35-fl.-Loose	53 3/8 G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	— —
„ 25 fl. „ „	38 1/8 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	10 3/8 G
Oest. 250 fl. b. R. 1839	113 1/2 G.
„ 250 fl. „ 1854	60 7/8 P.
„ 100 fl. Prß 1858	122 1/2 P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	71 bez.
„ 100 fl. v. 1864	78 3/4 P.
Schwed. Rthlr. 10 L.	10 1/4 P.
Sard. 36-Fr.-L. b. R.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	28 3/4 P.
2 1/2 Lütt. Pr. O. b. G.	33 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	101 B.
Antwerpen	„	94 7/8 B.
Augsburg	„	100 B.
Berlin	„	104 7/8 G.
Bremen	„	97 5/8 B.
Brüssel	„	94 7/8 B.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	88 3/8 G.
Leipzig	„	104 3/4 G.
London	„	119 1/8 G.
Mailand	„	— —
München	„	100 B.
Paris	„	95 B.
„	60 à 90 T.	94 7/8 B.
Wien	k.S.	93 bez.
Disconto		3 1/2% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138 P.	4% Hess. Ludwigsbahn	134 1/4 P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	703 P.	3% Oester. St.-Eisenb.-Prior.	49 1/2 P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	178 bez. G.	3% Oestr. Süd. St. u. Lom. E. B.	46 3/4 P.
5% Pfdbr. d. österr. Cred.-A.	— —	3% Liv. E. O. & O. Fr. à 28 kr.	34 1/8 P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr.-Eisnb. Prior.	52 P.
4% Pfandbr. d. bayr. Hyp.-B.	92 7/8 G.	4 1/2% Rhein-Naheb. Pr.-Ob.	— —
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	215 bez. G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	— —
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	Frkft. Rückversf.-A. 10% „	— —
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97 1/2 P.	4% Frkf. Provident. 20% „	— —
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	Frkf. Hypothekenbk. 25% „	— —
Rhein-Nahe-Bahn Thlr. 200	— —	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	74 1/2 P.
Taunusbahn-Aktien à fl. 250	343 P.	5% do. neueste Emiss. „	70 7/8 P.
3 1/2% Frankf.-Han.-Eisnb.-A.	112 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. „	75 1/2 G.
4 1/2% Frankf.-Han. Prior.-O.	— —	5% Galiz. Carl Ldwb.-Pr. O. „	78 7/8 G.
4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-Bk.	— —	5% Schweiz. C. P. b. R. à 28 kr.	101 1/2 G.
5% Oesterr. Staats-Eisenb.-A.	— —	4 1/2% Hess. Ludwigsb.-Prior.	96 5/8 P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	113 G.	5% Oestr. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
5% Böhm.-Westb.-Akt. fl. 200	— —	5% „ „ 2. „ „ „	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	— —	4 1/2% Ludwh.-Berb. Pr.-Obl.	98 G.
4% Neustadt-Dürkheimer	92 G.	4% „ „ „	91 G.
4 1/2% Pf. Marbahn b. Rothsch.	111 7/8 G.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	248 P.
4 1/2% Bayer. Ostbahn-Aktien	118 P.	4 1/2% Bayer. Ostb. 50% „	117 3/4 P.

Gold und Silber.

Preuß. Cassch.	fl. 1	45 3/4
Preuß. Frd'or.	„ 9	56 1/2-57 1/2
Pistolen	„ 9	45-47
„ doppelte	„ 9	46-48
Holl. fl. 10 St.	„ 9	51-53
Rand-Ducat.	„ 5	34-36
20-Frankenst.	„ 9	27 1/2-28 1/2
Engl. Sover.	„ 11	50-54
Russ. Imper.	„ 9	46-48
Gold pr. Zpfd.	„ —	—
Alte österr. 20r.	„ —	—
Rand-20r.	„ —	—
Hb. Silb. p. Zpfd.	„ —	—
Doll. in Gold	„ 2	27 1/2-28 1/2

Handelsschule zu Offenbach a. M.

Z.s.775. In dem Pensionate der Anstalt können mit Beginn des neuen Schuljahres wieder einige Schüler Aufnahme finden.

Prospekte und gewünschte nähere Auskunft ertheilt der Direktor

Dr. C. Naegler.

Z.s.310.

Schwäche

der edleren Organe des Körpers, namentlich der Athmungswerkzeuge macht dieselben sehr empfänglich für nachtheilige äußere Einflüsse. Zur Stärkung derselben werden die Hoff'schen Malz-Fabrikate: das Malzextrakt-Gesundheitsbier, die Malz-Gesundheits-Chokolade, das Chokoladen-Pulver, der Brustmalzzucker und die Bonbons aus der Dampfbrauerei und Chokoladenfabrik des Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße Nro. 1, von den meisten ärztlichen Autoritäten empfohlen. Als Beleg hiefür mögen folgende zwei Schreiben dienen:

„E. W. bitte um Zusendung Ihrer so bewährten Malz-Chokolade. Die erste Zusendung ist mir so ausgezeichnet bekommen, daß ich nicht umhin kann, Ihnen meinen ganz ergebensten Dank für ihr ausgezeichnetes Fabrikat darzubringen.

Schloß Ogrose bei Kalau (Niederlausitz), 2. Januar 1867.

A. Voigt.

„Ein Kunde von mir, welcher die Wirkung Ihrer Malz-Chokolade gegen Husten hatte rühmen hören, wünscht ꝛc. (folgt Bestellung auf Malz-Gesundheits-Chokolade, Brustmalzzucker, Brustmalz-Bonbons)."

Dr. Advéna, Arzt in Tiegenhof bei Marienburg (Westpreußen), 30. Dezember 1866.

Des Hoflieferanten Johann Hoff Filiale in Köln, Comödienstraße 26.
Depot bei Herrn Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)